

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf., Durch den Träger 1,40 Mk. für die Woche, 6.-Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verlagskonto, Nr. 22885 „Sozialistischer Verlag“, G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die begehrteste Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., anwärts 1,00 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche Familiennachrichten Verlobungs- und Verheirathungsbekanntmachungen 0,50 Mk. Kellern: Die Kellernzeile, beidseitig oder deren Raum, hinter Text 3.- Mk.

Der Parteitag in Halle.

Aufruf der polnischen Eisenbahner!

„Kaj Kurjon“, Warschau, den 4. Oktober: Die Eisenbahner für den Frieden. Der Volksgesundheitsausschuss des Reiches der Eisenbahner veröffentlichte einen Aufruf, in dem er schreibt: Der Krieg kostet täglich 120 Millionen. Das Land stürzt in den Abgrund. Alles ringsherum beginnt dahinzuschmelzen. Was heißt das? Wohin treiben wir? Wir werden heute nicht prüfen, wer schuld daran ist. Ohne Zweifel kann daran schuld sein die Regierung, der Landtag, einzelne Gruppen, es kann sogar das ganze Volk daran schuld sein, das es dazu kommen ließ. Heute stellt dagegen jeder Tag, jeder Augenblick der Verlängerung des Krieges für das Land eine tatsächliche Niederlage dar.

Bereits im Februar dieses Jahres sprach der „Zentrale Verband der Eisenbahner“ durch den Mund seines Delegierten zu allerhöchsten Behörde des Reiches über die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges. Heute fühlen wir diese Notwendigkeit mehr denn je. Der Krieg muß sofort beendet werden. Er hemmt das gesamte Leben. Wir müssen einen sofortigen Frieden fordern. Wir müssen dies überall fordern. Wir können nicht gleichgültig demgegenüber aufstehen, wie der Krieg das Land dem Ruin entgegenführt. Ueberlegt dies gut in den Sitzungen, ob dem nicht wirklich so ist und überleendet uns eure Stimmen. Die Rettung des Landes liegt in der Beendigung des Krieges. Der weitere Krieg — ist das Verderben des Landes.

Glend in Krakau.

Die der „Goniec Krakowski“ vom 10. Oktober zufolge fand in Krakau eine Sitzung des Verpflegungsausschusses statt, in der festgestellt wurde, daß infolge mangelhafter Verpflegung verminderte Brotrationen und für die kommenden Wochen überhaupt kein Brot, sondern nur Mehl und Graupen ausgegeben werden könnten. Der Vertreter des Verpflegungsausschusses legte dar, daß die diesjährige Ernte hauptsächlich infolge der Verwüstungen in Ostgalizien eine große Enttäuschung gebracht habe.

Unsinnige Gerüchte.

Das Pressebüro der russischen Friedensdelegation in Riga richtet folgende Mitteilung an die auswärtigen Zeitungs-Korrespondenten: Die Meldungen von allerlei angeblichen Meutereien, Revolten und Panikzuständen in Rußland, die in der letzten Zeit die Runde durch die gesamte europäische Presse machten, sind vollkommen widersinnig und ganz aus der Luft gegriffen. Alle diese Meldungen stammten aus Helsinki, wo eine der Sowjetregierung feindliche Pressezentrale ihren Sitz hat und läghafte Nachrichten in die Welt hinausposaunt. Für die Stimmung der russischen Bauern ist der Umstand bezeichnend, daß der bekannte Bauernpartei-Führer Machno, der eine kurze Zeit lang mit Wrangel zusammenhing, jetzt dem Heereskommando der roten Südarmeree seinen unbedingten Anschluß zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen Wrangel freiwillig angeboten hat. Es ist klar, daß die Bauern durchaus kein Vertrauen zu Wrangel haben und auf seine Vernichtung hinarbeiten.

Zu den läghafsten Meldungen der letzten Tage, die die ausgesprochene Absicht verfolgen, die Stellung der russischen Regierung während der Verhandlungen in Riga zu erschweren, gehört auch die aus polnisch-französischen Kreisen stammende fälschliche Nachricht, daß die Sowjetregierung angeblich Wrangel einen Waffenstillstand vorgeschlagen habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser letzte Verräter der russischen westlichen Waffen das Schicksal Kollikows, Denikins und anderer Vorgänger, trotz Unterstützung seitens der französischen Desperadopolitiker teilen wird.

Ernüchterung in Italien.

Mailand, 12. Oktober. Corriere della Sera meldet: Die Arbeiter unternehmen neue Versuche zur Besetzung von Fabrikanlagen. Sie sperren die Ausgänge und verhindern die Angestellten daran, die Fabrikräume zu verlassen.

Kommunistische Partei Schottlands.

Die die „Humanität“ mitteilt, ist dieser Tage in Glasgow eine kommunistische Partei gegründet worden. Anwesend waren 20 Delegierte. Die neue Partei, die alle revolutionären Elemente Schottlands umfassen soll, lehnt eine Verbindung mit der Labour Party ab und steht auf dem Boden der Diktatur und des Räteystems.

Ärzte-Abwehrstreiks in Mittelfrancia.

In Leipzig wollen die Ärzte in Abwehrstreik treten, falls der Begriff der Notstandsarbeiten seitens der Streitenden nicht erweitert wird.

Wegen des Ausstandes der städtischen Arbeiter in Chemnitz sind die Ärzte und Zahnärzte in den Abwehrstreik getreten.

Der Ärztestreik wird selbstverständlich vom gesamten Bürgertum mit Freuden anerkannt. Lebenswichtige Arbeit gilt natürlich nur für das Proletariat — nicht für Ärzte, die dürfen ruhig — aus Kultur, Sittlichkeit, Christentum — die Hände in die Taschen stecken, wenn es darauf ankommt, Leben zu retten.

Der Streik der städtischen Arbeiter im sächsischen Gebiet dehnt sich weiter aus.

In den Braunkohlenwerken bei Ober-Dehlingen sind etwa 1500 Bergleute in den Streik getreten. Sie fordern u. a. für jeden verheirateten Bergmann die sofortige Ueberlassung von zwei Morgen Ackerland.

Aussperrung bei der Viktoriaversicherung in Berlin.

Der Kampf des Berliner Großunternehmertums des Zeitungsgewerbes hat einen analogen Fall in der Berliner Versicherungs-Gesellschaft „Viktoria“. Dort dauert die Aussperrung der Angestellten schon zwölf Tage. Die Gesellschaft hatte ihren Angestellten einen früher in Höhe eines halben Monatsgehältes gewährten Vorschuß einfach abgezogen und ihren an sich schon kläglich bezahlten Beamten zugemutet, mit dem halben Gehalt auszukommen. Als sich die Angestellten gegen dieses Vorgehen zur Wehr setzten, wurde sie kurzerhand ausgesperrt.

In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung erklärte sich der Betriebsrat nun bereit, jede passive Resistenz oder Arbeitsverweigerung im Falle der Wiedereinstellung zu verhindern, aber die Direktion forderte vom Betriebsrat darüber hinaus eine Verzichtserklärung auf nachträgliche Bezahlung der Sperrtage. Dieses Verlangen wurde jedoch einstimmig abgelehnt.

„Wiederaufbau“.

Meldung: In der Malawauer Eisenhütte in Oberschlesien wird fast die Hälfte der Belegschaft, rund 400 Mann, wegen Arbeitsmangels zur Entlassung gelangen.

Worthy-Bayern.

I. u. Meldung: In der letzten kommunistischen Protestversammlung in München gegen die Verhaftung des Abgeordneten Eisner war von mehreren Rednern zum Klaff und zu Gewalttätigkeiten gegen die bürgerliche Gesellschaft aufgefordert worden. Die Polizei verhaftete daraufhin drei jugendliche Versammlungsteilnehmer, die sich als Disziplinardelict besonders hervorgetan hatten.

Dazu schreibt die „Freiheit“ richtig:

Die Verletzung der Immunität von Eisenberger war bereits ein schamloser, aber echt bayerischer Rechtsbruch. Wenn jetzt die Polizei gegen alle politischen Diskussionsredner über und unter 17 Jahren losgelassen wird, so werden bestenfalls dadurch die Zeiten des Sozialistengesetzes wieder hergestellt werden. Was dabei herauskommt, wissen wir ja: eine gewaltige Stärkung des revolutionären Gefühls. Die Verfolgungen wegen „Klassenhaß“ werden aber den Klassenhaß nicht beenden, sondern mächtig steigern und diese Gewalttätigkeiten hinwegfegen.

Ausnahmegerichte.

Meldung: Vor dem Ausnahmegericht in Dessau begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Ernst der Prozeß gegen die Rädelshörer des Köthener Putzsches, gelegentlich dessen die Räterepublik in Köthen ausgerufen wurde. Angeklagt sind 20 Personen, darunter der zeitweilige Vorsitzende des Köthener Vollzugsrates, Privatlehrer Berg.

Sicherlich werden die „Rädelshörer“ als Opfer von Urgesch-Propagatoren, schwere Strafen erhalten, denn sie sind ja keine Kappisten.

Eine Falschmeldung.

Nach einer Münchener Meldung sollte Dr. Magnus Girsfeld in München seinen Verletzungen erliegen sein. Diese Nachricht trifft jedoch nicht zu. Dr. Girsfeld konnte vielmehr aus dem Münchener Krankenhaus entlassen werden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Im Jahre 1919 wurden nach den vorläufigen Feststellungen 574 840 Betriebsunfälle angemeldet, von denen 10 502 entschädigungspflichtig waren. Im Jahre 1918 sind 657 277 und 1917 sogar 684 151 Betriebsunfälle gemeldet worden, von denen 101 275 bzw. 107 534 zu entschädigen waren. 1918 ereigneten sich 11 092 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 1917 11 520. Im Jahre 1918 betrug die Zahl der Unfall-Rentner insgesamt 422 486 bei den gewerblichen und 323 225 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Außerdem wurden 1918 an 195 853 Hinterbliebene Renten bezahlt.

Parteitag.

12. Oktober 1920. Eröffnungssitzung.

Bereits um 10 Uhr ist der geschmackvoll ausgeschmückte geräumige Saal des Hallenser Volkspark dicht gefüllt. Die Eröffnung zieht sich indessen bis gegen 1/11 Uhr hin. Nun eröffnet Genosse Crispian den Parteitag. Er weist auf die großen Aufgaben hin, die der ganzen revolutionären Welt gestellt sind. Alles leidet unter dem Zusammenbruch des Kapitalismus. Die Notwendigkeit einer proletarischen Internationale wächst durch diese Aufgabe. Zwingende Notwendigkeiten haben die frühere Einberufung des Parteitages begründet. Wir können nicht wirksam arbeiten, bevor wir nicht Klarheit über die Ziele und Wege der Unabhängigen Partei innen und außen, national und international geschaffen haben. Deshalb ist der Hauptpunkt unserer Tagesordnung: Die kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen. Nicht wir, sondern die Russen haben uns vor die Frage gestellt: Sollen wir als Unabhängige Partei bestehen bleiben oder in der kommunistischen Partei aufgehen? Beweis dafür ist der Punkt 17 der Aufnahmebedingungen und die Bestimmungen des Statuts. Crispian verliest die in Betracht kommenden Stellen, aus denen diese Folgerungen gezogen werden müssen. Crispian verweist auch auf das neueste Kampfpamphlet des Moskauer Exekutivkomitees, das erst am ersten Sitzungstage den Delegierten zugänglich gemacht wurde, trotzdem es schon tagelang vorlag. Auch aus dieser Kundgebung des Exekutivkomitees zitiert Crispian die entscheidenden Stellen, die klar und deutlich beweisen, daß es allein auf die Spaltung der Unabhängigen Partei und die Kräftevermehrung der kommunistischen Partei abgesehen ist.

Wir werden auf diese Dinge antworten, offen und unabweisend. Klar und deutlich werden wir prüfen und entscheiden, ob die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Mission erfüllt hat oder ob sie weiter bestehen soll. Ich weise nicht daran, daß die Partei auch aus diesem Kampf fest und entschlossen hervorgeht. (Beifall.) In diesem Sinne erkläre ich den Parteitag für eröffnet.

Crispian teilt dann mit, daß man sich über die Vorsitzendenwahl darin geeinigt hat, daß jede Richtung einen Vorsitzenden stellt und zwar die eine Richtung den Genossen Dittmann und die andere Seite den Genossen Braß. Es erhebt sich kein Widerspruch und Dittmann und Braß sind zu Vorsitzenden gewählt.

Genosse Dittmann übernimmt die Leitung. Er teilt mit, daß sechs Schriftführer gewählt werden sollen und zwar von jeder Richtung drei. Als Schriftführer sind vorgeschlagen die Genossen Düwelle-Zeiß, Gabel-Niederbarnim, Plettner-Hannover, Liebmann-Leipzig, Fuchs-Magdeburg, Hoffmann-Eberfeld.

Die Mandatsprüfungskommission wird aus acht Genossen zusammengesetzt, ebenfalls paritätisch. Sie tritt sofort zusammen.

Zur Festsetzung der Tagesordnung bemerkt Genosse Fleißner, daß dieser Parteitag den Charakter eines außerordentlichen Parteitages trage. Die Frage der Internationale beschäftigt die Partei seit Monaten. Sie ist die weitaus wichtigste. Alles andere tritt zurück. Alles kann verhandelt werden, wenn die Entscheidung gefallen ist. Aus diesem Grunde beantrage ich, den Punkt 3 als ersten Punkt zu nehmen.

Adolf Hoffmann-Berlin bittet um Ablehnung des Antrages, da der Parteitag als ordentlicher Parteitag einberufen sei. Wir haben schon einzelne Punkte zurückgestellt, aber Vorstands- und Rassenbericht müssen wir zuerst haben.

Genosse Dittmann-Frankfurt a. M. ist ebenfalls der Meinung, daß dieser Parteitag ein außerordentlicher ist. Es muß alles zurückgestellt werden, bis die Entscheidung über die Internationale gefallen ist. Nehmen Sie den Antrag Fleißner an.

Genosse Roenen wendet sich gegen Dittmann und spricht für Ablehnung des Antrages. Die Mitglieder verlangen die Rechenschaft über die Parteigeschäfte.

In der Abstimmung werden für den Antrag, die beiden ersten Punkte von der Tagesordnung zurückzustellen hinter den dritten Tagesordnungspunkt, 174 Stimmen abgegeben.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend.

Freitag, den 15. Oktober 1920, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17

Ordentliche Generalversammlung.

Legitimationen bitte am Saaleingang vorzuzeigen.

Der Aufsichtsrat. J. A. M. Tockus

Wenn dieses geschieht und die Konferenzteilnehmer bei der Bestimmung der Industriegruppen die Ortsverwaltung unserer Organisation unterstützen, dann wird es möglich sein, die Rechte der Betriebsräte und der Arbeiterschaft zu vermehren bei der Kontrolle der Produktion und allen anderen Maßnahmen. Wie für die Einseitigkeit der Industrie und eine genügende Entwicklung und Förderung der Volkswirtschaft notwendig sind.

Proletarierlos.

Melburg: Glas. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich in der Papierfabrik in Melburg. Dort explodierte der Dampfkessel und die austretenden heißen Dämpfe verbrannten die an der Unfallstelle tätigen Arbeiter. Die Verletzungen der Arbeiter Franz Kollé aus Melburg und Kreischnmer aus Labisch waren so schwer, daß die beiden schon nach kurzer Zeit verstarben. Auch die Arbeiter Teschke aus Bobitan und Volkmer aus Steinwitz hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Hundsfeld. Bürgermeister Priebel hat, da die gegen ihn wegen Beteiligung am Rapp-Putsch eingeleitete Untersuchung kein Ergebnis gehabt hat, die Dienstgeschäfte wieder übernommen. — Es gibt keine Ergebnisse, auch in Hundsfeld.

Hindenburg. Auf der Koksanstalt Ruda ist die Arbeiterschaft in den Streik getreten. Sie beansprucht, wie die Arbeiter auf den übrigen Koksanstalten, seit dem 1. Mai d. J. Lohnmehlgelder. Verhandlungen sind eingeleitet.

Lokales.

Breslau, den 13. Oktober.

Lebensmittel. Die Verteilung von Hosenbrot auf die Lebensmittelkarte D 19 findet nicht statt. Wegen Abgabe von Lebensmitteln auf diese Karte wird auf die Bekanntmachung an den Aufschlag-Kalen verwiesen.

Techniker-Versammlung.

Am Freitag, den 2. Oktober, fand im Gesellschaftshaus „Bratislava“, Hauptstadt, eine gut besuchte große öffentliche Versammlung des „Bundes der technischen Angestellten und Beamten“ statt, um gegen die beabsichtigte Neugründung einer Ortsverwaltung Breslaus des „Christlich-Deutschnationalen neuen Deutschen Techniker-Verbandes“ Stellung zu nehmen.

Der Leiter von Schlesien, Ingenieur Benzell-Katow, erklärte und verstand in 4-stündigen Ausführungen die Angelegenheiten in ihrer jetzigen Form den Schicksalen vor vor Augen zu führen. Erklären in der Versammlung ein guter Gegner, der Führer der neuen Techniker-Organisation, und vor allen Dingen namhafte Führer der christlichen Arbeiterbewegung anwesend waren, folgte die Versammlung den Ausführungen des Referenten mit gespanntester Aufmerksamkeit. Die Ausführungen von Benzell gipfelten in der entscheidenden Ablehnung der Neugründung des neuen D. T. V. und in einem warmen Appell für die freigeberische Angelegenheiten.

Ein der freien Ausdrucksweise beteiligten sich außer dem Geschäftsführer des neuen D. T. V. Breslauer Führer der christlichen Arbeiterbewegung, Göttschall und Händeler. Aus der Aussprache ging jedoch deutlich hervor, worauf auch der Referent des Abends in seinem Schlusswort hinwies, daß zwischen den christlichen Arbeitergewerkschaften und den christlichen Angestelltenverbänden ein ganz offensichtlicher Unterschied, besonders im Hinblick auf die Frage der Kapitalisierung und in der Stellung zur Arbeitgeber-Kraft besteht.

Am Schluß der Versammlung fand die notwendige Entscheidung einflussreiche Annahme:

Die am 2. Oktober 1920 in der „Bratislava“ versammelten technischen Angestellten und Beamten von Breslau und Umgegend erklären den aufständischen Gegensatz zwischen

Kapital und Arbeit vorbehaltlos an. Sie begrüßen die zielbewusste und erfolgreiche Arbeit der Ma und des Bundes, eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aller vom Ertrag ihrer Arbeitskraft lebenden herbeizuführen. Sie erheben den schärfsten Protest gegen die immer schärfer einsetzende Reaktion in der Politik und im Wirtschaftsprozess. Sie rufen daher alle Arbeitnehmer zum geschlossenen Kampf gegen die wieder erwachende Reaktion auf.

Wenn schon beim Beginn dieses Kampfes festgestellt werden muß, daß im Lager der Arbeitnehmer dunkle Kräfte am Werke sind, um die Kampftruppe zu lähmen, muß gegen alle überflüssigen Neugründungen, die stets zersplitternd wirken müssen, entschieden vorgegangen werden.

Die Neugründung der christlich-deutschnationalen Technikerverbände ist daher als ein Verbrechen an der endlich geschaffenen Einheitsbewegung der Techniker zu bezeichnen.

Die Versammelten erwarten vom Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Ma, daß sie unermüdet bestrebt sind, Aufklärung über die reaktionären Absichten und Ziele dieser von Nicht-Technikern geleiteten Vereinsbildungen zu verbreiten, um die bisher Irreführten in die erfolgreiche und geschlossene Einheitsorganisation zurückzuführen und Neueintritte in die Reihen der Zersplitterter unmöglich zu machen.

Die Techniker Breslaus geloben ihren zu ihrem erprobten Einheitsverbande, dem Bunde der technischen Angestellten und Beamten, zu halten, damit er in kürzester Frist zum Brennpunkt des sozialen Befreiungskampfes der gesamten aufstrebenden Angestelltenklasse wird, und die verfassungsmäßige Umbildung der heutigen rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine dem Grundgedanken der Bedarfsdeckung getragene vorgegliederte Wirtschaft herbeizuführen.

Die Resolution zeigt, daß auch die Techniker zu erwachen beginnen. Nicht lange mehr und sie werden ihre letzten kleinbürgerlichen Illusionen (wie z. B. die „verfassungsmäßige“ Umbildung der heutigen Wirtschaftsordnung), überwunden und den Weg zur sozialen Revolution gefunden haben.

Man treibt sie zum Betteln.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In einer Nummer der „Volkswacht“ werden die Betteln den Kriegsverletzten bekämpft und die Öffentlichkeit aufgefordert, sie — der Polizei zu übergeben. Schmutz über Schmutz wird das dankende „Vaterland“ auf diese armen Unglücklichen, die von der erbärmlichen „Reate“ nicht leben können. Und Hilfe — wo ist Hilfe? Auf dem Friedhofe! Leidensgenossen! Helft Euch selbst! Schließt Euch zusammen im Internationalen Bund der Kriegsoffer. Erwartet, ehe es zu spät ist. Die „Volkswacht“ verdammt Euch, die Gewerkschaften tun nichts, das wißt Ihr ja und darum tretet in eine revolutionäre Partei ein; denn solange die Herrschaft des Bürgertums, für die Ihr Eure Mäuler tragt, dauert, wird Euch nie geholfen werden. Ein Schwerkrankenverletzter.

Das wirtschaftliche Elend in Breslau.

Die Arbeiter-Gesellschaft projiziert für die unteren Räume des früheren Schneiderischen Warenhauses am Schweißmüser Stadigraben die Errichtung eines besonders großstädtischen Kinos, eines Cafés und eines Kabarettts. Das ist die kapitalistische Bedarfswirtschaft!

Das „Umzugsgut“ des Landeshauptmanns!

Am 7. Oktober beschlagnahmte eine Schleichhandels-Kommission der oberschlesischen Eisenbahn einen Waggon mit 5000 kg „Umzugsgut“, das in — Kohle bestand. Dem Magistrat wurde Meldung gemacht, worauf er den Waggon wieder freigab! Der Waggon kam aus Gwanita an den Landeshauptmann von Thier, Gartenstraße 72. Vielleicht handelt es sich um Deutsche, die Herr von Thier

oder einer seiner Freunde „übrig“ hatte. Wir fordern den Magistrat auf, eine Erklärung abzugeben, warum die Freigabe erfolgte.

Soziales.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Immer weitere Kreise beschäftigen sich jetzt mit der Frage der Bekämpfung der in ungeheurerem Umfang sich verbreitenden Geschlechtskrankheiten. Nach den Ausführungen Dr. Doelers auf dem vor kurzem stattgefundenen Naturforschertag ist jedes 25. Kind syphilitisch. Bei der im Jahre 1917 erfolgten Untersuchung von 3000 Neugeborenen stellte er fest, daß 39% der untersuchten Kinder syphilitisch waren. Die Zahl der Geschlechtskranken in Deutschland wird gegenwärtig auf sechs Millionen geschätzt. Also jede 10. Person in Deutschland, Kinder und Säuglinge eingerechnet, ist geschlechtskrank. Wenn da nicht ganz energische Maßnahmen zur Bekämpfung getroffen werden, muß eine furchtbare Degeneration der Bevölkerung sich breit machen.

Im Februar 1918 wurde der erste gesetzgeberische Versuch der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gemacht. Die Bestimmungen des Strafgesetzes, auf Grund deren der Urheber einer Übertragung von Geschlechtskrankheiten wegen Körperverletzung belangt werden kann, die Kasernierung und Kontrolle der Prostituierten, konnten als Schutzmaßnahme gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nicht angeprochen werden. Der 1918 unternommene Versuch blieb aber in den Ausschussberatungen stecken. Eine Verordnung der diktatorischen Regierung der Volksbeauftragten vom 11. Dezember 1918 brachte den Anzeige- und Behandlungsparagrafen, der aber mit Ausnahme von Dresden nur bei Frauen in Anwendung gebracht wurde. Jetzt liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, in dem die Behandlungs- und Gefährdungsparagrafen erweitert sind, ferner das Kurpfuscherverbot, das Aufklärungsgebot des Arztes, die Schweigepflicht der Beratungsstellen und das Gesundheitszeugnis für Ammen vorgeschrieben sind. In Lippe-Deimold ist seit dem 12. April d. J. durch Landesgesetz die öffentliche Anzeigepflicht durchgeführt worden.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Provinziales: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationalismus und Lokales: Erich Kunitz; für Inserate Fritz Ulbrich.

Druck: Buchdruckerei Püffel & Dantzig, sämtlich in Breslau.

Platin

alle Gold- und Silbermünzen,

Gebisse, einzelne Zähne,
Brennstifte sowie Gold- und
Silbergegenstände jeder Art

verkauft Sie am vorteilhaftesten
täglich von 9-6 Uhr

„Hotel Schneekoppe“, Teichstr. 23,
Zimmer Nr. 1, und
„Thon's Hotel“, Junkerstr. 30,
Zimmer Nr. 3.
„Berliner Preise!“

Wielmann & Co.

Stadttheater.
Mittwoch 7 Uhr:
Die verkaufte Braut.
Donnerstag 7 Uhr:
Die Fledermaus.

Schauspielhaus.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Schererkeusche.

Operntheater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Mignon.

Schauspielhaus.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.

Operntheater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.

Nur
noch kurze Zeit
Das große
Ballett
Die Internationale!
täglich
abends
8 Uhr
in Schloß am
Zirkus Busch

Diktoria-
Theater.

Dienstag 8 1/2 Uhr:
Lustige Geschichten.
Mittwoch 8 1/2 Uhr:
Lustige Geschichten.
Donnerstag 8 1/2 Uhr:
Lustige Geschichten.
Freitag 8 1/2 Uhr:
Lustige Geschichten.

Ganz Breslau ? ? in Spannung

Wo werden die Ausschiedungskämpfe zur
Weltmeisterschaft ausgetragen?

Wo werden sich zirkeln
28 Ringer

oder Läufer, davon allein
5 Weltmeister

Wesbergard — Schmidt
Rommhoff (Festsieger)
Georg Henschel
Paul Hahn (Siegler)
Apollon (Festsieger)
Carl Salt

in welchem Kampfe werden?
in Zirkus Busch-
Gebäude Dienstag P. Wachs
ab Samstag, den 16. Oktober 1920

Der Veranstalter hat bereits begonnen bei Maronch,
Zigarettenhandlung Hübner & Co., Talmontzplatz, Schatz, Garten,
Ecke Teichstr., Kalkstein, Friedrich-Wilhelm, Ecke Jakobstr.
Schnell Sie sich heute schon zur Erlangung 1. Preis

Aschner

! Men eingetroffen!
Durch glückliche
Belegenshänge
moderne, feste
Wintermäntel
Schilde
Kleider • Kostüme
Blusen • Röcke
für d. verwöhntesten
Geschmack
auch für jung. Damen
Eucras niedr. Preise

Breslau's bekanntes
Eingeschäft
55 Albrechtstr. 55
I. und II. Stock.

Militär- u. Zivil-
Bekleidungsstücke
kauft:
Max Hadamek,
Brandenburger Str. 9.

Gummwaren
Leibbinden, Reissbinden,
Spülspritzen, Gummisohlen,
Dauerschuhe
H. Klose,
Breslau I, Nikolaistr. 12,
3. Haus vom Ring.

Achtung! Wo?
kauft man denn und geht
Kabel sowie ganz
richtigen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, nur! Exp.

Gehärdet — Gehärdet
in versch. Größen
auf Wunsch
auf Wunsch
auf Wunsch

LIEBICH

Tisch 7 1/2 Uhr
Mittwoch 7 1/2 Uhr
Donnerstag 7 1/2 Uhr
Freitag 7 1/2 Uhr

Über-lagen

Bücher
Bücher
Bücher
Bücher
Bücher

St. Hubertus

Bücher
Bücher
Bücher
Bücher
Bücher

Inserate in der „Volkswacht“
Inserate in der „Volkswacht“
Inserate in der „Volkswacht“

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf., Durch Post 30 Pf. für die Woche, 0, - M. für den Monat. Durch die Post: 0,10 M. für den Monat.
Postfachkonto, Nr. 22885, Sozialistischer Verlag, G. m. b. H., Breslau.
Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 M., andernfalls 1,00 M. Stellen- und Wohnungsgesuche Familiennachrichten Vereinsnachrichten und Besondere Anzeigen 0,50 M. Reklame: Die Reklamezeile, dreispaltig oder deren Raum, hinter Text 3,- M.

Der Parteitag in Halle.

Aufruf der polnischen Eisenbahner!

„Das Kurjon“, Warschau, den 4. Oktober. Die Eisenbahner für den Frieden. Der Vollzugsausschuss des Verbandes der Eisenbahner veröffentlichte einen Aufruf, in dem er schreibt: Der Krieg frisst täglich 120 Millionen. Das Land stürzt in den Abgrund. Alles ringsherum beginnt dahinzuschwinden. Was heißt das? Wohin treiben wir? Wir werden heute nicht prüfen, wer schuld daran ist. Ohne Zweifel kann daran schuld sein die Regierung, der Landtag, einzelne Gruppen, es kann sogar das ganze Volk daran schuld sein, das es dazu kommen ließ. Heute stellt dagegen jeder Tag, jeder Augenblick der Verlängerung des Krieges für das Land eine tatsächliche Niederlage dar.

Glend in Kraau.

Die der „Gonic Krakowski“ vom 10. Oktober, fand in Kraau eine Sitzung des Verpflegungsausschusses statt, in der festgestellt wurde, daß infolge mangelhafter Belieferung verminderte Brotrationen und für die kommende Woche überhaupt kein Brot, sondern nur Mehl und Graupen ausgegeben werden könnten. Der Vertreter des Verpflegungsausschusses legte dar, daß die diesjährige Ernte hauptsächlich infolge der Verrostungen in Ostgalizien eine große Enttäuschung gebracht habe.

Unsinntige Gerüchte.

Das Pressebüro der russischen Friedensdelegation in Riga richtete folgende Mitteilung an die auswärtigen Zeitungskorrespondenten: Die Meldungen von allerlei angeblichen Meutereien, Revolten und Bauernaufständen in Rußland, die in der letzten Zeit die Kunde durch die gesamte europäische Presse machten, sind vollkommen widersinnig und ganz aus der Luft gegriffen. Alle diese Meldungen stammten aus Vespignors, wo eine der Sowjetregierung feindliche Pressezentrale ihren Sitz hat und lägenhafte Nachrichten in die Welt hinausposaunt. Für die Stimmung der russischen Bauern ist der Umstand bezeichnend, daß der bekannte Bauernpartisanenführer Machno, der eine kurze Zeit lang mit Wrangel zusammenhing, jetzt dem Heereskommando der roten Südarmerie seinen unbedingten Anschluß zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen Wrangel freiwillig angeboten hat. Es ist klar, daß die Bauern durchaus kein Zurenan zu Wrangel haben und auf seine Vernichtung hinarbeiten.

Ernüchterung in Italien.

Mailand, 12. Oktober. „Corriere della Sera“ meldet: Die Arbeiter unternehmen neue Versuche zur Weltergreifung von Fabrikanlagen. Sie sperren die Ausgänge und verhindern die Angestellten daran, die Fabrikräume zu verlassen.

Kommunistische Partei Schottlands.

Die „Humanität“ mitteilt, ist dieser Tage in Glasgow eine kommunistische Partei gegründet worden. Anwesend waren 20 Delegierte. Die neue Partei, die alle revolutionären Elemente Schottlands umfassen soll, lehnt eine Verbindung mit der Labour Party ab und steht auf dem Boden der Diktatur und des Kampfes.

Ärzte-Abwehrstreik in Mittelddeutschland.

In Leipzig wollen die Ärzte in Abwehrstreik treten, falls der Begriff der Rotbandsarbeiten seitens der Streitenden nicht erweitert wird.

Der Streik der städtischen Arbeiter im sächsischen.

Der Streik der städtischen Arbeiter im sächsischen dehnt sich weiter aus.

In den Braunkohlenwerten bei Ober-Dehlingen sind etwa 1500 Bergleute in den Streik getreten. Sie fordern u. a. für jeden verheirateten Bergmann die sofortige Ueberlassung von zwei Morgen Ackerland.

Aussperrung bei der Viktoriaversicherung in Berlin.

Der Kampf des Berliner Großunternehmertums des Zeitungsgewerbes hat einen analogen Fall in der Berliner Versicherungsgesellschaft „Victoria“. Dort dauert die Aussperrung der Angestellten schon zwölf Tage. Die Gesellschaft hatte ihren Angestellten einen früher in Höhe eines halben Monatsgehaltes gewährten Vorschuß einfach abgezogen und ihren an sich schon kärglich bezahlten Beamten zugemutet, mit dem halben Gehalt auszukommen. Als sich die Angestellten gegen dieses Vorgehen zur Wehr setzten, wurde sie kurzerhand ausgesperrt.

In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung erklärte sich der Betriebsrat nun bereit, jede passive Resistenz oder Arbeitsverweigerung im Falle der Wiedereinstellung zu verhindern, aber die Direktion forderte vom Betriebsrat darüber hinaus eine Verzichtserklärung auf nachträgliche Vergütung der Sperrtage. Dieses Verlangen wurde jedoch einstimmig abgelehnt.

„Wiederaufbau“.

Meldung: In der Matapaner Eisenhütte in Oberschlesien wird fast die Hälfte der Belegschaft, rund 400 Mann, wegen Arbeitsmangels zur Entlassung gelangen.

Sorthy-Bayern.

I. U.-Meldung: In der letzten kommunistischen Protestversammlung in München gegen die Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger war von mehreren Rednern zum Klassenkampf und zu Gewalttätigkeiten gegen die bürgerliche Gesellschaft aufgefordert worden. Die Polizei verhaftete daraufhin drei jugendliche Versammlungsteilnehmer, die sich als Disziplinardisziplinäre herausgaben.

Dazu schreibt die „Freiheit“ richtig: Die Verletzung der Immunität von Eisenberger war bereits ein schamloser, aber echt bayerischer Rechtsbruch. Wenn jetzt die Polizei gegen alle politischen Diskussionsredner über und unter 17 Jahren losgelassen wird, so werden bestenfalls dadurch die Zeiten des Sozialistengesetzes wieder hergestellt werden. Was dabei herauskommt, wissen wir ja: eine gewaltige Stärkung des revolutionären Gefühls. Die Verfolgungen wegen „Klassenhaß“ werden aber den Klassenhaß nicht beendigen, sondern mächtig steigern und diese Gewalttätigkeiten hinwegfegen.

Ausnahmegerichte.

Meldung: Vor dem Ausnahmegericht in Dessau begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Ernst der Prozeß gegen die Räubersführer des Köthener Putzsches, gelegentlich dessen die Räterepublik in Köthen ausgerufen wurde. Angeklagt sind 20 Personen, darunter der zeitweilige Vorsitzende des Köthener Vollzugsrates, Privatlehrer Berg.

Sicherlich werden die „Räubersführer“ als Opfer von Orgeß-Propagandisten, schwere Strafen erhalten, denn sie sind ja keine Kappisten.

Eine Falschmeldung.

Nach einer Münchener Meldung sollte Dr. Regard Hirschfeld in München seinen Verhaftungserlegungen sein. Diese Nachricht trifft jedoch nicht zu. Dr. Hirschfeld konnte vielmehr aus dem Münchener Krankenhaus entlassen werden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Im Jahre 1919 wurden nach den vorläufigen Feststellungen 574 840 Betriebsunfälle angemeldet, von denen 10 502 entschädigungspflichtig waren. Im Jahre 1918 sind 657 277 und 1917 sogar 634 151 Betriebsunfälle gemeldet worden, von denen 101 275 bzw. 107 534 zu entschädigen waren. 1918 ereigneten sich 11 092 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 1917 11 520. Im Jahre 1918 betrug die Zahl der Unfall-Krentner insgesamt 422 486 bei den gewerblichen und 323 525 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Außerdem wurden 1918 an 195 853 Hinterbliebenen Renten bezahlt.

Parteitag.

12. Oktober 1920. Eröffnungssitzung.

Bereits um 10 Uhr ist der geschmackvoll ausgeschmückte geräumige Saal des Hallenser Volkspark dicht gefüllt. Die Eröffnung zieht sich indes bis gegen 1/11 Uhr hin. Nun eröffnet Genosse Crispian den Parteitag. Er weist auf die großen Aufgaben hin, die der ganzen revolutionären Welt gestellt sind. Alles leidet unter dem Zusammenbruch des Kapitalismus. Die Notwendigkeit einer proletarischen Internationale wächst durch diese Aufgabe. Zwingende Notwendigkeiten haben die frühere Einberufung des Parteitages begründet. Wir können nicht wirksam arbeiten, bevor wir nicht Klarheit über die Ziele und Wege der Unabhängigen Partei innen und außen, national und international geschaffen haben. Deshalb ist der Hauptpunkt unserer Tagesordnung: Die kommunistische Internationale und die Ausnahmebedingungen und die Bestimmungen des Statuts. Crispian verliest die in Betracht kommenden Stellen, aus denen diese Folgerungen gezogen werden müssen. Crispian verweist auch auf das neueste Kampfpamphlet des Moskauer Exekutivkomitees, das erst am ersten Sitzungstage den Delegierten zugänglich gemacht wurde, trotzdem es schon tagelang vorlag. Auch aus dieser Kundgebung des Exekutivkomitees zitiert Crispian die entscheidenden Stellen, die klar und deutlich beweisen, daß es allein auf die Spaltung der Unabhängigen Partei und die Kräftevermehrung der kommunistischen Partei abgesehen ist.

Wir werden auf diese Dinge antworten, offen und unzweideutig. Klar und deutlich werden wir prüfen und entscheiden, ob die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Mission erfüllt hat oder ob sie weiter bestehen bleiben soll. Ich zweifle nicht daran, daß die Partei auch aus diesem Kampf fest und entschlossen hervorgeht. (Beifall.) In diesem Sinne erkläre ich den Parteitag für eröffnet.

Crispian teilt dann mit, daß man sich über die Vorsitzendenwahl darin geeinigt hat, daß jede Richtung einen Vorsitzenden stellt und zwar die eine Richtung den Genossen Dittmann und die andere Seite den Genossen Draß. Es erhebt sich kein Widerspruch und Dittmann und Draß sind zu Vorsitzenden gewählt.

Genosse Dittmann übernimmt die Leitung. Er teilt mit, daß sechs Schriftführer gewählt werden sollen und zwar von jeder Richtung drei. Als Schriftführer sind vorgeschlagen die Genossen Düwels-Teiß, Gabel-Niederbarnim, Plettner-Hannover, Liebmann-Leipzig, Fuchs-Magdeburg, Hoffmann-Elberfeld.

Die Mandatsprüfungskommission wird aus acht Genossen zusammengesetzt, ebenfalls paritätisch. Sie tritt sofort zusammen.

Zur Festsetzung der Tagesordnung bemerkt Genosse Fleischer, daß dieser Parteitag den Charakter eines außerordentlichen Parteitages trage. Die Frage der Internationale beschäftigt die Partei seit Monaten. Sie ist die weitestwichtige. Alles andere tritt zurück. Alles kann verhandelt werden, wenn die Entscheidung gefallen ist. Aus diesem Grunde beantrage ich, den Punkt 3 als ersten Punkt zu nehmen.

Adolf Hoffmann-Berlin tritt mit Ablehnung des Antrages, da der Parteitag als ordentlicher Parteitag einberufen sei. Wir haben schon einzelne Punkte zurückgestellt, aber Vorstands- und Kassenbericht müssen wir zuerst haben.

Genosse Dittmann-Frankfurt a. M. ist ebenfalls der Meinung, daß dieser Parteitag ein außerordentlicher ist. Es muß alles zurückgestellt werden, bis die Entscheidung über die Internationale gefallen ist. Nehmen Sie den Antrag Fleischer an.

Genosse Roenen wendet sich gegen Dittmann und spricht für Ablehnung des Antrages. Die Militärlider verlangen die Rechenschaft über die Parteigeschäfte.

In der Abstimmung werden für den Antrag, die beiden ersten Punkte von der Tagesordnung zurückzustellen hinter den dritten Tagesordnungspunkt, 174 Stimmen abgegeben.

dagegen 251 Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt und die Tagesordnung bleibt wie festgesetzt.

Vors. Dittmann teilt mit, daß im Saale der Vorstehende der Kommunistischen Partei, Dr. Levi, außerdem auch Kühle und Pfemfert anwesend sind. Er bittet diese, den Saal zu verlassen, der nur für die Delegierten der Unabhängigen Partei reserviert ist.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Lipinski-Beipzig, daß nach dem Organisationsstatut die Delegiertenzahl für den Parteitag 400 nicht überschreiten soll, daß die Abstimmung aber eine weit größere Zahl ergeben habe. Er bezweifelt deshalb die Gültigkeit der Abstimmung. Genosse Dr. Rosenfeld-Berlin schließt sich Lipinski an, daß das Zentralkomitee eigentlich nur 382 Delegierte anerkannt hat. Er erkennt ebenfalls die Abstimmung nicht an.

Genosse Roenen meint, daß doch noch nicht festgestellt sei, wieviel unrechtmäßige Stimmen von der einen oder anderen Seite abgegeben worden seien. Niehe man selbst diese Stimmen von der einen Seite, so bleibt immer noch eine Mehrheit gegen den Antrag.

Genosse Dittmann stellt nochmals fest, daß nur 400 Delegierte zulässig sind, daß aber 20 Mandate aus bereits veröffentlichten Gründen ungültig sind. Er macht persönlich den Vermittlungsversuch, den Geschäftsbericht und den Bericht der Kontrollkommission vorzunehmen und dann die Internationale zu behandeln. Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an. Die Tagungszeit wird festgesetzt von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 3 bis abends 7 Uhr mit der Maßgabe, daß jederzeit eine kürzere Tagungsdauer beschlossen werden kann.

Darauf nimmt zur Erstattung des Geschäftsberichtes die Genossin Ziez das Wort. Sie bewertete einleitend, da sich das Interesse des Parteitages vornehmlich auf den dritten Punkt der Tagesordnung konzentrierte, werde sie sich sehr kurz fassen. Der Leipziger Parteitag gab der Zentralleitung den Auftrag, mit den sozialrevolutionären Parteien aller Länder zusammenzutreten zur Schaffung einer wirklich revolutionären Internationale. Wir haben sofort nach dem Parteitag alle Schritte dahingehend unternommen. Genossin Ziez schildert eingehend alle Maßnahmen, die die Parteileitung ergriffen hat und die bereits bekannt sind. Von Rußland kam statt einer Antwort eine umfangreiche Anklageschrift, die aber nichts anderes enthielt als die Verammlungsredensarten der deutlichen Kommunisten. Auch unsere Antwort ist bekannt. Dieses Jahr ist ein Jahr opferreicher Kämpfe gewesen, in denen die Unabhängige Partei Führerin gewesen ist. Genossin Ziez weist auf den rücksichtslosen Kampf um das Diktatorat hin, der sofort nach Beendigung des Leipziger Parteitages einsetzte. Sie erinnert an den blutigen Zwischenfall vor dem Reichstage, der von Heine und Koste inszeniert wurde. Sie erinnert weiter an die verlogene Darstellung der Bauer und Pie, die dem entsetzten Bürgertum das Märchen von einer Bartholomäusnacht vorzuzählen. Unsere Partei war auch die erste, die beim Rapp-Baust zum Generalstreik aufrief, nicht nur gegen Rapp-Lüttwig, sondern auch gegen die Gewaltregierung Bauer-Koste. Hier ist festzustellen, daß die Kommunistische Partei fast keinen Anhang in der Arbeitermasse gehabt hat. Denn ihrer Parole der Nichtbeteiligung am Generalstreik folgte niemand. Auch in Mitteldeutschland, in Thüringen, im Ruhrrevier kämpfte das Proletariat einen ungleichen Kampf gegen das Bürgertum und den Militarismus und Rednerin Hizzert las alle Vorkämpfe und Maßnahmen während der Rappzeit. Sie stellt fest, daß für die Arbeiterpartei damals keine Aussicht war. Auch nach der Übertragung der Kommunisten. Unsere Verhandlungen mit der Regierung führten zu Abmachungen, die von der Regierung nicht eingehalten wurden. In die Erklärung unserer Hauptforderungen, die Befreiung der Arbeiter, konnte bei der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalitionsregierung nicht gedacht werden. Es tauchte weiter der Tag einer rechtssozialistisch-anarchistischen Koalitionsregierung auf, der auch die Kommunisten „wohlwollende Legalität“ zuschrieb. Auch dieser Plan scheiterte, denn die Rechtssozialisten fanden schnell den Ausweg an die alte Koalition wieder.

Der Wahlkampf, der halb darauf einsetzte, wurde von uns mit vollster Grundfähigkeit geführt. Der außerordentliche Wahlerfolg ist bekannt. Er wurde erzielt trotz unserer noch verhältnismäßig schwachen Organisationen und einer schlecht vorbereiteten Kasse. Aus eigener Kraft haben wir tiefen Siegen errungen. Ein glänzender Beweis für die zielklare Politik der Partei. Nach den Wahlen kam die Frage der Regierungsbildung auf die Tagesordnung. Sie zeigte, daß an eine Verbindung mit den bürgerlich-korrupten Rechtssozialisten nicht zu denken war.

Die Agitation, namentlich unter den Frauen, hat außerordentlich viel zu wünschen übrig gelassen. Die von uns herausgegebenen Broschüren zur Frauenagitation wurden nur ganz wenig angefordert. Auch in der Jugendorganisation wurde nicht so gearbeitet, wie es wünschenswert gewesen wäre. In der Organisationsarbeit bleibt ebenfalls noch viel zu tun übrig und besonders die Bildungsarbeit bedarf sehr der Steigerung. In dieser Zeit der Massenandrängung in die Organisation hat die Bildungs- und Schulungsarbeit noch

Der Wahlkampf

Jeder proletarische Staat ist durch seine bloße Existenz ein dauernder Anreiz zur Revolution für die Proletarier der noch kapitalistischen Staaten. Wenn die kapitalistischen Regierungen den proletarischen Staaten das Genick brechen können, so werden es in jedem Moment gerne tun. Daß sie dauernd den Proletariatsstaaten Schwierigkeiten zu bereiten versuchen werden, ist klar. Jeder Proletarierstaat wird die Wehrhaftigkeit des Proletariats bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution pflegen müssen, er wird vielleicht mehrmals zu den Waffen greifen müssen. Aber der Krieg bleibt auch für ihn ultima ratio, und er wird juchen müssen, seine Ziele im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Das wird Opfer kosten. Die Zustände, die der proletarische Staat dem kapitalistischen machen wird, können ihn in vielen binden, das kommunistische Programm durchzuführen. Aber der Krieg tut es noch in viel höherem Maße, und so lange die Weltrevolution in den ausschlaggebenden kapitalistischen Staaten nicht gesetzt, kann der Kommunismus in isolierten Dasein nicht rein durchgeführt werden. Karl Kadel.

Der Parteitag

eine ungleich größere Bedeutung als früher. In Mitgliedern hatten wir am Schluß des Berichtsjahres 893923, darunter 135464 Frauen. An Pflichtbeiträgen sind eingegangen vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 39725254 Mk. Das ist außerordentlich wenig. Insgesamt sind eingegangen im Berichtsjahr 85626517 Mark. Dieser Summe steht eine Ausgabe von insgesamt 834548. — Mark gegenüber. Genossin Ziez machte dann Mitteilung über die Zuwendungen, die die einzelnen Parteiorganisationen von der Parteizentrale erhalten haben und die zum Teil recht beträchtlich sind.

Genossin Ziez kommt nunmehr auf die Verhandlungen über die Waffen- und Munitionskontrolle zu sprechen, an der alle drei Parteien und die Eisenbahnbetriebsräte beteiligt waren. Unser gemeinsamer Aufruf ist von allen Arbeiterorganisationen mit Freuden begrüßt worden. Wir bezweckten einmal, die Arbeiter im allgemeinen auf diese Dinge aufmerksam zu machen, in anderen wollten wir einen Druck auf die Regierung ausüben. Auch die Arbeiter der Ententeländer sollten angereizt werden. Was geschah. Am Tage nach diesem gemeinsamen Aufruf erschien der Aufruf der R. P. D., der uns des Verrats bezichtigte und uns mit den Rechtssozialisten zusammenwarf. Und diese Beschimpfungen gingen fortgesetzt weiter.

Das verfloßene Jahr war also reich an Kämpfen. In diesen Kämpfen hat sich Unabhängige Sozialdemokratie als die Partei des deutschen revolutionären Proletariats erwiesen. Sie wird auch sein und bleiben, was sie war und alle revolutionären Kräfte zusammenschließen bei der Eroberung der politischen Macht für den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.) Für die Kontrollkommission erhaltet Genosse Boel den Bericht. Kasse und Kassenbücher sind in bester Ordnung. Die Fassung der Beiträge an die Hauptkasse ist außerordentlich mangelhaft. Eine Feststellung der Delegiertenzahl auf Grund der Beiträge ergab z. B. für Bayern nur einen Delegierten.

Nach der Ausschreibung des Parteitages und der Organisationsbestimmungen gingen auf einmal die Beiträge ein. Sonst war alles in bester Ordnung und ich kann nur wünschen, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich auch finanziell ihrer äußeren und inneren Macht und Größe nähert. (Bravo.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Resolution

zu den Aufnahmebedingungen der 3. Internationale.

Die U. S. P. D. beharrt bei ihrem auf dem Leipziger Parteitag gefaßten Beschluß, durch Zusammenschluß mit der 3. Internationale eine aktionsfähige Internationale zu schaffen, die im Befreiungskampf der Arbeiterklasse aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus eine entscheidende Waffe für die Weltrevolution sein wird. Für erfolgreiche Aktionen bedarf die 3. Internationale auch des revolutionären Proletariats der Westländer.

Der Parteitag bedauert deshalb, daß der 2. Kongreß der 3. Internationale durch seine Beschlüsse der internationalen Vereinigung des Proletariats nur neue Hindernisse bereitet hat, insbesondere durch die verlangte Aufhebung der Selbständigkeit der angeschlossenen Landesparteien, durch die geforderte Zerstückelung der Gewerkschaftsinternationale, sowie durch den diktierten Ausschluß ganzer Scharen von Parteigenossen, die solche Forderung der Kommunistischen Internationale grundsätzlich ablehnen.

Die bedingungslose Unterordnung der Landesparteien unter eine internationale Zentralkommission ist unvereinbar mit der großen Verschiedenheit der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse der einzelnen Länder. Diese Unterordnung widerspricht auch dem Grundcharakter des proletarischen Klassenkampfes, der aus der dauernd von unbehindertem Meinungsaustrausch getragenen Mündigkeit der Massen entspringende Antriebe erhalten muß.

Die in § 10 der Aufnahmebedingungen geforderte Zerstückelung der Gewerkschaftsinternationale vernichtet die Aktionskraft der gesamten proletarischen Emanzipationsbewegung.

Die Ausschlußforderung spaltet die Partei, lähmt ihre Aktionsfähigkeit und schädigt dadurch aufs Äußerste die revolutionäre Bewegung. Wer die Bedingungen annimmt verpflichtet sich, laut § 17 obendrein zum Eintritt in die jetzt bereits bestehende „Kommunistische Partei Deutschlands“ (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale).

Wir lehnen deshalb die Aufnahmebedingungen grundsätzlich ab.

Wie in der Vergangenheit, werden wir auch in Zukunft proletarische Solidarität mit Sowjetrußland wie mit allen kämpfenden ausländischen Bruderparteien jederzeit betätigen.

Mit aller Kraft wollen wir auch weiter hinarbeiten auf die Stärkung und Ausbreitung unserer eigenen Organisation, sowie auf deren Zusammenfassung mit dem gesamten revolutionären sozialistischen Proletariat. Nur durch eine solche Politik der Verständigung und Brüderlichkeit, nicht aber durch Befehlsmäßigkeit, Zerstückelung und Zerstückelung können wir die Weltrevolution fördern.

Kedebour, Rosenfeld, Toni Sender und Genossen.

Mein Paß.

Genosse Rappaport, einer der Führer der französischen sozialistischen Linken, wollte zum Parteitag der Unabhängigen nach Halle fahren. Die französische Regierung hat ihm den Paß verweigert.

Der Bericht über die dritte Internationale.

Die Kommunistischen Parteien und der neue Parlamentarismus.

(Fortsetzung.)

III.

16. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus“ in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der parlamentarischen revolutionären Tätigkeit ist also eine naive, kindische Doktrin unter jeder Kritik, eine Politik, die bisweilen einen gewissen Eitel vor den politisierenden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verbunden, die in der Kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stützpunkt der Arbeiter, sondern ein dezentrales System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentsitzungen unter allen Umständen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Be-

Der Terrorismus.

Von L. Trotski.

(Fortsetzung.)

Die anfängliche Eroberung der Macht durch die Sowjetische Regierung November 1917 wußte sich an und für sich mit geringen Opfern. Die russische Bourgeoisie sah sich so sehr von den Volksmassen isoliert, so sehr innerlich zerfallen, durch den Gang und den Ausgang des Krieges so kompromittiert, durch das Regime Kerenski so demoralisiert, daß sie fast keinen Widerstand mochte. In Petersburg wurde die Regierung Kerenski fast ohne Kampf gestürzt. In Moskau zog sich der Widerstand hauptsächlich infolge der Unentschlossenheit anderer eigener Handlungen hin. In den meisten Provinzialstädten übernahmen die Sowjets die Macht infolge eines Abkommens mit der Regierung oder Moskau. Wenn sich die Sache darauf beschränkt hätte, so hätte von einem roten Kerne nicht die Rede sein können. Aber der November 1917 brachte schon den beginnenden Widerstand der Besitzenden. Zunächst war die Ermordung der imperialistischen Regierungen des Westens nötig, um der russischen Organisationskraft den Rücken zu sichern und ihrem Widerstande nachgehende Kräfte zu verleißen. Das kann man an großen und kleinen Tatsachen, Legenden, sagen, während der ganzen Epoche der Sowjetrevolution sehen.

Der „Eis“ Kerenski flüchtete hinter die Stille unter den Schutz und nur geringe, die Sowjetmacht widerstandslos anerkennen, die mit den Deutschen in Verhandlungen über den Befreiungspakt eintrat. Es erfolgte aber ein von offenen Drohungen begleiteter Protest der Militärs in der Ukraine. Der Eis ergriff, von den „verrückten“ Offizieren angeführt, schlug er den Weg des Widerstands ein. Das führte zum Kerenski'schen Aufstand und zur Ermordung des Reichskanzlers, General Dudenin, durch die Bolschewiki.

In Petersburg organisierten die offiziellen Agenten der Entente, besonders die französische Militärmission, Hand in Hand mit den Sozialrevolutionären und den Menschewiki, offenen Widerstand, indem sie vom Tage nach dem Sowjetantritt an die Janker und überhaupt die bürgerliche Jugend mobilisierten, bewaffneten und auf das setzten. Der Aufstand der Janker am 10. November forderte hunderte mehr Opfer als der Umsturz vom 7. November. Der damals von der Entente angeführte abenteurliche Vorwarsch Kerenski und Krasnow gegen Petersburg brachte in den Kampf die ersten Elemente der Erbitterung hinein. Dessenungeachtet wurde General Krasnow auf Ehrenwort in Freiheit gesetzt. Der Aufstand in Jaroslaw (im Sommer 1918), der so viel Opfer kostete, wurde von Saminow auf Befehl der französischen Botschaft und mit ihrem Mitteln organisiert. Aufgehört wurde nach dem Plan der englischen Marineagenten mit Hilfe der englischen Kriegsschiffe und Flieger bejagt. Der Grund zur Herrschaft Kutschkows, des Schütlings der menschenhässlichen Bourgeoisie, wurde durch das fremdlandische stehschonische Korps gelegt, das von der französischen Regierung unterstützt wurde. Anschin und der von uns in Jaroslaw geführte Krasnow, die ersten Führer der Sowjetunion am Don, konnten nur dank der offenen militärischen und finanziellen Unterstützung von Seiten Deutschlands teilweise Erfolg erzielen. In der Ukraine wurde die Sowjetmacht zu Beginn des Jahres 1918 durch den deutschen Militarismus gestürzt. Die schwedische Armeedivision wurde mit Hilfe der finnischen und tschechischen Mittel Großbritanniens und Frankreichs geschickt. Nur in der Hoffnung auf die Unterstützung Englands und mit seiner materiellen Unterstützung wurde die Armee von Jankowitsch geschickt. Die Führer, Diplomaten und Journalisten der Entente konnten mit voller Verantwortlichkeit zwei Jahre nach-

in Rußland ein genügend vorteilhaftes Unternehmen sein. Unter diesen Bedingungen muß man wahrlich eine eiserne Stirn haben, um die Ursachen des blutigen Charakters des Bürgerkrieges in Rußland im bösen Willen der Bolschewiki und nicht in den internationalen Verhältnissen zu suchen.

Das russische Proletariat hatte als erstes den Weg der sozialen Revolution betreten und die russische Bourgeoisie, die politisch kraftlos war, wagte nur deshalb sich nicht mit ihrer politischen und ökonomischen Enteignung zufrieden zu geben, weil sie in allen Ländern ihre ältere Schwester, die noch über ökonomische, politische, zum Teil auch über die militärische Gewalt verfügte, an der Macht sah.

Hätte sich unser Novemberumsturz einige Monate oder auch nur einige Wochen nach der Errichtung der Herrschaft des Proletariats in Deutschland, Frankreich und England ereignet, so wäre — darüber besteht kein Zweifel — unsere Revolution die „friedlichste“, die „unblutigste“ aller auf der feindlichsten Erde überhaupt möglichen Revolutionen gewesen. Diese historische Reihenfolge aber, die auf den ersten Blick die „unblutigste“ und auf jeden Fall die vorteilhafteste für die russische Arbeiterklasse ist, wurde — nicht durch unsere Schuld, sondern durch den Willen der Ereignisse — gestört: schritt das letzte zu sein, war das russische Proletariat das erste. Gerade dieser Umstand verleiht dem Widerstand der Klassen, die vorher in Rußland geherrscht hatten, — nach der ersten Periode der Herrschaft — einen verweifelten Charakter und zwang das russische Proletariat in Augenblicken der größten Gefahr, der äußeren Angriffe, der inneren Beschränkungen und Aufstände zu den harten Maßnahmen des staatlichen Terrors zu greifen. Daß diese Maßnahmen nicht wirksam waren, das wird jetzt niemand sagen. Vielleicht aber muß man sie für... „unzulässig“ halten?...

(Fortsetzung folgt.)

Kriegsberichterstattung Stoedcker.

Auf dem Bezirksparteitag in Breslau versuchte ein Rechner des rechten Flügels mit dem Vorgesetzten der Rechtssozialisten gegen die Person des Genossen Walter Stoedcker zu gehen. Obgleich die schlesischen Genossen an dem Charakter unseres sittlich völlig materialistischen Genossen nicht den geringsten Zweifel hegen, geben wir im folgenden doch die Ausführungen wieder, die zeigen, aus welcher Quelle diese Schlammflut kam.

Unser Kölner Bruderblatt, „Die Republik“, bringt in der Angelegenheit des Genossen Stoedcker folgenden Artikel:

Vor einem Jahre brachte die „Rhein. Zig.“ einen Verleumdungsartikel gegen den Genossen Stoedcker, dem sie vorwarf, er habe sich in den ersten Tagen des Krieges nationalistisch geäußert. Wir erwiderten auf diesen Artikel — und das Blatt Sollmanns verstummte. Jetzt, inmitten der Auseinandersetzungen der Partei, wird von eigenen Genossen vom rechten Flügel diese Sache wieder aufgerührt. Weil man sachlich Stoedckers Politik nicht widerlegen kann, sucht man seine Person vor der Arbeiterklasse zu distanzieren.

Wir, die wir Stoedcker aus der Vorkriegszeit wie auch aus den Kriegsjahren genau kennen, führen uns veranlaßt, die erbärmlichen Schreibereien des Genossen Kreken auf das richtige Maß zurückzuführen.

Wir haben dem, was wir damals schrieben, wenig hinzuzufügen. Wir schrieben im vorigen Jahre:

Obwohl sie (die Meerfeld, Sollmann, Beyer) genau wissen, welche Haltung unser Genosse Walter Stoedcker von den ersten Tagen des Krieges an eingenommen hat und welche Opfer er in den Kriegsjahren seiner Ueberzeugung gebracht hat, bewerkeln sie ihn jetzt mit Schmutz. Zu diesem Zweck schwindeln sie in einer Weise, die wir noch selten erlebt haben. Genosse Stoedcker hat in den allerersten Kriegstagen für die „Rheinische“ drei Berichte über eine Fahrt nach Belgien geschrieben. Wir empfehlen allen unseren Genossen, die dazu in der Lage sind, diese Artikel nochmals durchzulesen und sie mit dem zu vergleichen, was die Schmutzfeuille in der „Rheinischen“ daraus gemacht haben.

Eine gemeinere Verdrehung, Entstellung und Verschiebung von Werten ist uns noch nie zu Gesicht gekommen.

In einer solchen Kampfweise gibt es nur die alten, echten Worte der Verachtung: „Pfui Teufel!“ Bei alledem schwindeln die Verleumder in der Redaktion in der „Rheinischen“, sie hätten zunächst Bedenken gehabt, damals die nationalstischen Berichte Stoedckers zu veröffentlichen. Wir sind zufällig über die damaligen Vorgänge genau unterrichtet und stellen im Gegenteil zu diesem Schwindel der „Rheinischen“ fest, daß sie allerdings „Bedenken“ trug, die Berichte Stoedckers zu veröffentlichen, aber nicht wegen ihrer „nationalistischen“

sondern umgekehrt wegen ihrer für die damalige Stimmung „ungeeigneten“ internationalen Haltung und ihrer vielen kritischen Bemerkungen gegen den Krieg und gegen die Kriegsbege. Dem Genossen Stoedcker wurde damals gesagt, seine Berichte seien völlig ungeeignet, weil deren Veröffentlichung sofort zum Verbot des Blattes führen würden.

Was geschah mit den Berichten Stoedckers? Ohne daß mit ihm darüber gesprochen wurde, ohne daß ihm davon Mitteilung gemacht wurde, wurden alle internationalistischen Stellen und kritischen Ausführungen gegen den Krieg fein sorgsam herausgestrichen, etwas nationalstisch „schriftet“ und dann veröffentlicht. Dies geschah ohne Wissen Stoedckers; vergeblich hat er damals gegen diese eigenartige journalistische Methode protestiert und der Redaktion keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit der Veröffentlichung in dieser Form nicht einverstanden war.

Einige Worte noch über die Haltung des Genossen Stoedcker im Kriege. Die Redaktion der „Rheinischen“ weiß ganz genau,

daß Stoedcker schon in den ersten Kriegstagen die Bewilligung der Kriegskredite und die nationalstische Haltung der Sozialdemokratie aufs allerhöchste verurteilte.

Schon in den ersten Augusttagen hat Stoedcker mit Meerfeld, Sollmann und Beyer ernste Auseinandersetzungen und Zusammenstöße wegen der Kriegspolitik der Partei und der da-

mals über alle Wägen nationalstischen Schreibweise der „Rheinischen Zeitung“ gehabt. Und Stoedcker war es, der mit einigen anderen Genossen, wie Kunowski und Hordts, schon in den ersten Kriegsmontaten die Führung der Opposition in der Partei übernahm. In so manchen Sitzungen hat es damals stürmische Szenen gegeben, gerade weil Stoedcker aufs äußerste erbittert war über den Verrat Meerfelds, Sollmanns und all der anderen, und es drohte schon im Jahre 1915 aus diesen Gründen in Köln zur Spaltung der Partei zu kommen, gerade weil die „Rheinische“ ganz besonders schlimm sich der nationalstischen Hege hingab und von der bürgerlichen Presse aber auch in nichts mehr zu unterscheiden war. Wir brauchen wohl nur an die Generalversammlung der Partei im Februar 1915 zu erinnern, in der Stoedcker sich aufs schärfste gegen die Kriegspolitik der Partei wandte und gegen Sollmann und Hofrichter (letzterer war damals bei den Bewilligern) kämpfte. Eine Woche später war Stoedcker in den Klauen des Imperialismus, war er Soldat. Und der Militarismus ließ Stoedcker nicht eher los, bis die Revolution seine Fesseln brach.

Auch als Soldat ist Stoedcker seiner sozialistischen und internationalen Gesinnung treu geblieben. Man hatte ihm befanntlich vor dem Kriege das sogenannte „Einjährige“ wegen seiner sozialistischen Propaganda entzogen. Als Stoedcker dann im Februar 1915 eingezogen wurde,

wollte Sollmann ihm durch Scheidemann die Berechtigung zum „Einjährigen“ wieder verschaffen.

Stoedcker verbat sich das damals aufs entschiedenste, wurde aber sofort nach seinem Eintritt in das Heer von seinem Vorgesetzten aufgefordert, doch ein Wittgesch aus Kriegsministerium zu richten, er würde dann das „Einjährige“ sofort wieder bekommen. Stoedcker lehnte das ab wegen seiner sozialistischen und internationalen Gesinnung; so blieb er bis zum Kriegsende gemeiner Soldat und hat als solcher manche schwere Stunde durchgemacht. Fast alle seine „sozialistischen“ Freunde und Genossen waren zu Hause rekrutiert, wie Meerfeld, Sollmann und Beyer: die dienten dem deutschen Kapitalismus und Militarismus als Schreibkräfte, forderten vom sicheren Heim aus zum „Durchhalten“ und „Verbluten“ auf und verteidigten so auf ihre Weise das deutsche „Vaterland“. Stoedcker aber wurde beim Militär verfolgt. Bei der Beschagnahme der Alten im Kölner Polizeipräsidium nach der Revolution konnten wir sehen, wie genau man während des Krieges über ihn Buch geführt hat.

Dies alles muß man wissen, um die Charaktereigenschaften der Verbreiter solcher Verleumdungen schätzen zu lernen. Für heute nur noch das Folgende:

Erinnert sich Herr Sollmann noch eines Briefes, den er 1915 an seinen „Freund“ Fries sandte und in dem es u. a. hieß:

„Stoedcker in Diederhosen scheint allerhand Dummheiten zu machen. Wie ich hörte — mir selbst schreibt er nicht mehr — hat er 14 Tage strengen Arrest bekommen, also eine ganz barbarische Strafe, für die besondere Gründe vorliegen müssen. Außerdem soll ein Kriegsgerichtsverfahren gegen ihn eingeleitet werden. Ich hätte Genosse Stoedcker für vernünftiger gehalten. So etwas hat doch keinen Zweck.“

Und, die Gewissenlosigkeit steht in voller Macht vor uns, weiß Herr Sollmann noch, daß er schon am 24. November 1914 dem Genossen Fries ins Feld schrieb:

„Stoedcker ist in Zürich. Wir sind in der Kriegsfrage nicht einig, da er nicht auf dem Boden der Mehrheit der Fraktion steht. Natürlich sind wir trotzdem gute Freunde, weil Stoedcker ein anständiger Kerl ist, der von dem besten Willen ausgeht usw.“

Wir können noch mit mehr Beweisen dienen.

Das Vorstehende mag genügen. Denkende Arbeiter werden sich ihr Urteil darüber bilden, was von den Gesellen zu halten ist, die einen Mann im Jahre 1914 einen „anständigen Kerl“ nennen und ihn heute — weil er ihr politischer Gegner ist — als Gesinnungslumpen der Öffentlichkeit präsentieren wollen. Sie werden auch verstehen, warum der Kampf innerhalb der Partei eine manchmal scheinbar unnötige Schärfe annimmt.

proletarischen Diktatur und des Massenkampfes dafür mit der besondern Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

20. Daher betont die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung und nur aus diesem Grunde für einen schwereren Fehler hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, die ihres Einflusses auf alle Massenorganisationen der Arbeiter ausüben, auf völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzusprechen trotz den möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnutzung der bürgerlichen Parlamente.

IV. Der revolutionäre Parlamentarismus.

Um die wirkliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, daß:

1. Die Kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee bereits im Vorbereitungsstadium, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktion sorgen muß. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn keine Gewähr da ist, daß dieser Kandidat

wenn er ins Parlament gelangt, eine wirkliche kommunistische Politik verfolgen wird.

Die Kommunistische Partei muß mit der alten sozialdemokratischen Gewohnheit brechen, ausschließlich sogenannte „erfahrene“ Parlamentarier, vorwiegend Anwälte und Bergleute, als Deputierte aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß diese meist einfache Parteimitglieder ohne große parlamentarische Erfahrung sind; diejenigen Strebelemente, die sich an die kommunistischen Parteien heranmachen, um ins Parlament zu gelangen, muß die kommunistische Partei rücksichtslos brandmarken. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Leute bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.

(Fortsetzung folgt)

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

I.

Die Freikorps, die nach dem Kapp-Putsch angeblich aufgelöst werden sollten, haben ihre Angehörigen auf dem Lande untergebracht und in selten militärischen Verbänden zusammengeschlossen. Sie konnten diese Arbeit ungehindert vollbringen, weil sich kein Staatsanwalt darum kümmerte, den Erlaß des Reichspräsidenten Ebert gegen sie anzuwenden. Die Tatsache, daß es sich bei den Freikorpsführern nicht darum handelte, den entlassenen Soldaten Arbeit nachzuweisen, geht daraus hervor, daß die Unterbringung auf dem Lande nach genauen militärischen Normen und Formen erfolgt. Es sind alle Waffengattungen vertreten, die wieder unter sich in einzelnen Bezirken untergebracht sind, um jeden Augenblick operationstüchtig zu sein.

Diese Tatsachen sind der Staatsanwaltschaft seit Monaten bekannt. Sie hat genaue Unterlagen zugestellt erhalten, die keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es sich um eine Bandenbildung handelt, die nach dem Erlaß Eberts mit Zuchthaus bestraft werden mußte. Aber die Staatsanwaltschaft hat das Material in ihren Schreibtisch geschlossen und den Ebertschen Erlaß bisher nur gegen Arbeiter angewendet. Durch die rücksichtsvolle Nachsicht, die den Freikorpsführern bei ihrer Bandenbildung zuteil wurde, ist es dahin gekommen, daß zwar Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenkorps der Form nach aufgelöst worden sind, an ihre Stelle aber der bewaffnete, militärisch formierte Selbstschutz getreten ist.

Die Bewaffnung ist mustergültig durchgeführt, teils haben die Freikorps ihre Waffen mit aufs Land genommen und sie auf den Gütern versteckt, teils werden sie ihnen durch die Reichswehr und das Reichsverwertungsamt zugeschoben. Die Ausrüstung der Gegenrevolution ist also fix und fertig. Die Führer rechnen anscheinend damit, ist kürzester Zeit einen vernichtenden Schlag führen zu können.

In den letzten Tagen haben in den verschiedenen Gegenden Deutschlands Besprechungen stattgefunden, an denen hervorragende Vertreter der Industrie und auch die Mittelsmänner der Reichswehr teilnahmen. Der immer noch stückbriefflich verfolgte Hauptmann Pfeffer, der sein Domizil im Kreise Arnsvalde aufgeschlagen hat und dessen Wohnung dem Staatsanwalt des außerordentlichen Gerichts ebenfalls seit Monaten genau bekannt ist, war in der letzten Woche im Ruhrgebiet und hatte dort Besprechungen mit Offizieren und Industriellen. Er hat auch dem General Watter einen Besuch abgestattet, der gegenwärtig in Bad Deynhausen wohnt und dort neue Operationspläne ausbrütet. Pfeffer hat bei den Besprechungen die Teilnehmer zu gesteigerter Tätigkeit aufgefordert. Er machte ihnen den Vorwurf allzu großer Schappheit und verlangte, das Versäumte so schnell wie möglich nachzuholen, da über kurz oder lang die Entscheidung kommen müßte. Auch in Berlin haben Besprechungen der Freikorpsführer stattgefunden. Hier waren vor allem die Offiziere des früheren Detachements Rossbach, die die Verbindungen mit maßgebenden politischen und militärischen Personen herstellen. Es war ihnen vor allem daran gelegen, Waffen sicherzustellen und neue zu erlangen.

II.

Die Ausweisung der russischen Gewerkschafts-Delegation.

Die russische Gewerkschaftskommission hat an den Gewerkschaftsbund und an die deutschen Gewerkschaftsvertreter zur Frage ihrer Ausweisung folgendes Schreiben gerichtet:

An den Allgemeinen Gewerkschaftsbund!

Werte Kollegen! Die in unserer gemeinsamen Sitzung gewählte Kommission aus Vertretern der russischen Gewerkschafts-Delegation und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Deutschlands wird ihre Arbeit wohl nicht erfüllen können. In der Sitzung vom 2. Oktober verabredeten wir, daß die Kommission nach dem Betriebsrätekongreß ihre Arbeit beginnen soll. Jetzt erleben wir aus dem Auslandigen Amt die Mitteilung, daß wir am 14. Oktober, d. h. am nächsten Donnerstag, Deutschland verlassen müßten. Den Mitgliedern der russischen Gewerkschafts-Delegation tut es aufrichtig leid, daß es ihnen — natürlich nicht durch ihre Schuld — nicht gelungen ist, die begonnenen Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu Ende zu führen. Die russischen Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und für die Kontrolle des Warenverkehrs durch die deutschen Gewerkschaften. Wir werden dies auch in unserer Sitzung erörtern — natürlich nach Ausreise — Mitteilungen über die Gründung der Defakto-Gewerkschaft in die Gewerkschaften Russlands weitergeben. Die Verhandlungen aber müssen vor auf eine Zeit verschoben, wo das Amt in der Lage ist und die Polizei die russischen Delegierten unbehelligt lassen werden. Selbstverständlich kann eine solche gemeinsame Unterredung unterer Verhandlungen die Wiederherstellung

Abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm jede Kraft zu nehmen und es dem am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. Ein gleiches taten sie in der konstituierenden Versammlung am Tage der Auflösung, indem sie den 3. Kongreß der Sowjets zum Mittelpunkt der politischen Geschicke machten. Unter anderen Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewalttätige Besetzung wie des größten bürgerlichen Staatsapparates so auch der bürgerlichen Parlamentarische aber aber Teilnahme an den Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird usw., notwendig sein.

18. Auf diese Weise soll die kommunistische Partei, die die Kommandogewalt der Teilnahme an den Wahlen sowohl in die zentralen Parlamente, als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennt, von der Werbung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehend, die Frage lauter lösen. Boykott der Wahlen oder der Parlamente sowie Austritt aus den letzteren ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbereitungen unmittelbaren Übergangs zum bewaffneten Kampf um die Macht schon vorhanden sind.

19. Dabei soll man beständig die relative Unrichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im Kampf um die Macht liegt, so verfehlt es sich von selbst, daß die Frage der

